



Irak

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
32,5 Millionen	Muslime:	97%
	Christen:	0,8%
	Sonstige:	2,2%

Ein zerrissener Staat

Den Nationalstaat Irak gibt es de facto nicht mehr. Mit der Eroberung der Millionenstadt Mossul durch die islamistische Bewegung „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ (ISIS) im Juni 2014 und die Ausrufung des Kalifats am 29. Juni 2014 ist die „Republik Irak“ de facto auseinandergebrochen. Rund ein Drittel des irakischen Staatsgebietes gehört jetzt zum Machtbereich des Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi, der seinen „Staat“ einfach nur noch „Islamischer Staat“ (IS) nennt und damit einen länderübergreifenden, geradezu unbegrenzten Machtanspruch zum Ausdruck bringt.

Der Einfluss der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad beschränkt sich nur noch auf einen Rumpfstaat in der Mitte und im Süden des Irak, auf das Gebiet, das überwiegend von Schiiten bewohnt wird. Die Einwohnerzahl dieses Rumpfstaates liegt bei rund 20 Millionen.

Die rund 6 Millionen Sunniten, die im Irak leben, fühlen sich von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit ausgeschlossen von jeder Macht und jedem Einfluss. Viele Sunniten sehen in der schiitischen politischen Führungsschicht einen Feind, dem sie sich nicht beugen wollen. Stattdessen sympathisieren sie mehr oder weniger bereitwillig mit den Zielen und dem Vorgehen des „Islamischen Staates“, der rund ein Drittel des irakischen Staatsgebietes unter seine Gewalt gebracht hat, den nordwestlichen Teil des Irak.

Die Autonome Region Kurdistan im Norden des irakischen Staatsgebietes bildet ebenfalls de facto einen eigenständigen Staat, mit eigener Verfassung, eigenem Parlament, eigenen Streitkräften und Schulen, in denen die Kinder Kurdisch lernen. Hier leben rund 5,3 Millionen Kurden und mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge. Unter der Kontrolle der kurdischen Streitkräfte (Peschmerga) steht inzwischen auch die Stadt Kirkuk, die das Zentrum der irakischen Erdölindustrie darstellt und mehrheitlich von Kurden bewohnt wird.



Irak

Nach militärischen Vorstößen des ISIS hatte sich die irakische Armee aus Mossul und Kirkuk zurückgezogen. Kurdische Truppen sprangen ein und sicherten die Stadt Kirkuk gegen Angriffe des ISIS. Kirkuk ist für die Autonome Region Kurdistan von großer strategischer Bedeutung.

Die Eroberung Mossuls durch den IS

Der Tag, der den Irak verändert hat und einen düsteren Wendepunkt im Schicksal des Nahen Ostens markiert, ist der 9. Juni 2014. An diesem Tag startete die Islamistenbewegung „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ (ISIS) unter ihrem Anführer Abu Bakr al-Baghdadi ihren Angriff auf die irakischen Regierungstruppen, die in und um Mossul stationiert waren. Mit einem kleinen Kontingent von rund 1500 hochmotivierten Kämpfern gelang es dem ISIS-Verband, die rund 50 000 Regierungs-Soldaten in die Flucht zu schlagen. Innerhalb von zwei Tagen hatte der ISIS die Stadt sowie große Gebiete im Umland erobert.

Mossul ist die zweitgrößte Stadt im Irak und liegt im Norden des Landes. Über die Zahl der Einwohner gibt es keine zuverlässigen Statistiken, sie dürfte aber in einer Größenordnung von etwa zwei Millionen liegen. Mossul ist die Stadt, wo bis heute ein großer Teil der ehemaligen Politiker, Generäle und Geheimdienstleute lebt, die die Führungselite des diktatorischen Regimes von Präsident Saddam Hussein gebildet hatten. Durch den Einmarsch der US-Truppen im Jahr 2003 waren sie entmachtet worden. In Mossul leben zudem mehrere hunderttausend sunnitische Muslime, die während des blutigen irakischen Bürgerkrieges von 2006 bis 2008 durch schiitische Milizen aus der Hauptstadt Bagdad vertrieben wurden. Aufgrund ihrer Vertreibung hegen sie sehr negative Gefühle gegenüber der schiitisch dominierten Zentralregierung in Bagdad, bis hin zu Hass und Rachegefühlen. Die Stimmung unter den Sunniten im Irak wurde seit dem Jahr 2010 noch schlechter, als der schiitische irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki nach seiner Wiederwahl seine Politik der Ausgrenzung der Sunniten noch verschärfte. Friedliche Proteste in sunnitischen Städten gegen seine einseitige Regierungspolitik ließ er in den Jahren 2012 und 2013 mit Gewalt auflösen, wobei es zu zahlreichen Todesopfern unter den Demonstranten kam. All dies führte zu einer extrem anti-schiitischen Stimmung bei vielen Sunniten im Irak.



Als der ISIS also am 9. Juni 2014 den Angriff auf Mossul startete, waren große Teile der Stadtbevölkerung auf seiner Seite und unterstützten den ISIS dabei, die Regierungstruppen, deren Soldaten ganz überwiegend aus verhassten Schiiten bestanden, zu vertreiben. Das war auch deswegen nicht schwer, weil diese Soldaten schlecht ausgebildet und wenig motiviert waren. Sie flüchteten und ließen hochmoderne Waffen und schweres Kriegsgerät, wie zum Beispiel Panzer, zurück. Spätestens ab jetzt war der ISIS mit militärischem Gerät bestens ausgestattet – und mit großen Geldsummen in vielfacher Millionenhöhe, die aus der Plünderung zahlreicher Banken stammten.

Rund eine halbe Million Einwohner flüchteten aus der Stadt aus Angst vor den Gewalttaten und dem Terrorregime des ISIS. Viele andere wurden vom ISIS mit Gewalt vertrieben. Die meisten Flüchtlinge suchten in der Autonomen Region Kurdistan Schutz, Sicherheit und humanitäre Hilfe.

Wiederrichtung des Kalifats

Knapp drei Wochen nach der Eroberung Mossuls gab ein Sprecher des ISIS am 29. Juni 2014, dem ersten Tag des Fastenmonats Ramadan, die Wiederrichtung des Kalifats bekannt. Kalif, also „Nachfolger“ oder „Stellvertreter“ des „Gesandten Gottes“, des Propheten Mohammed also, sei der Führer des ISIS, Abu Bakr al-Baghdadi, der fortan den Titel „Kalif Ibrahim“ trage und als „Befehlshaber der Gläubigen“ anzusehen sei. Der Name dieses Kalifats sei nun schlicht „Islamischer Staat“ (IS).

Kalif Ibrahim versteht sich selbst damit als politisches und religiöses Oberhaupt aller Muslime weltweit. Dies machte er am 4. Juli 2014 in einer Ansprache in der großen Zentralmoschee in Mossul deutlich, als er alle Muslime weltweit dazu aufforderte, sich dem „Islamischen Staat“ anzuschließen und ihm, dem Kalifen, den Gefolgschaftseid zu leisten.

Mit der Errichtung des Kalifats werde die Aufhebung des Kalifats im Jahr 1924 durch Kemal Atatürk, den Gründer der modernen Türkei, nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches, rückgängig gemacht. Auch die unter dem Einfluss der britischen und französischen Kolonialmächte erfolgte Gründung von Nationalstaaten im Nahen Osten mit ihren willkürlichen Grenzziehungen werde durch den „Islamischen Staat“ rückgängig gemacht.



Errichtung eines Scharia-Staates

Der „Islamische Staat“ ist anzusehen als ein islamischer Gottesstaat. Religiöse Grundlage für Politik, Wirtschaft und gesellschaftliches Leben, letztlich für alle Lebensbereiche, sind der Koran, die islamische Überlieferung (insbesondere die Sunna, also die „Handlungsweise des Propheten“, also Mohammeds) und das daraus abgeleitete islamische Recht, die Scharia.

Zu den ersten Maßnahmen, die der IS in allen neu eroberten Gebieten ergreift, gehört die Errichtung von Scharia-Gerichtshöfen und die Durchsetzung der Scharia durch eine Religionspolizei. Bestandteil der Scharia sind auch drakonische Strafen wie öffentliche Auspeitschungen, Amputation von Gliedmaßen, öffentliche Enthauptungen, Steinigungen, Kreuzigungen.

Verhaltensweisen und Vergnügungen, die als „unislamisch“ gelten, sind fortan verboten. Dazu zählen zum Beispiel der Genuss und der Verkauf von Alkohol, Tabak und anderen Drogen, Glücksspiel, Fußballspielen, Taubenzüchten, Tanzen und Musizieren in der Öffentlichkeit. Sowohl für Männer und Frauen gilt jetzt die islamische Kleiderordnung, in besonders strenger Weise für die Frauen, für die jetzt Schleierzwang gilt.

Auslöschung der vorislamischen Vergangenheit

Alle Spuren der vorislamischen Vergangenheit werden vom IS ausgelöscht. „Heidnische Götzenbilder“ und Tempelanlagen, darunter auch archäologisch und kulturgeschichtlich äußerst bedeutende Zeugnisse der Menschheitsgeschichte, wie zum Beispiel antike Statuen im Museum in Mossul oder Überreste der antiken Städte Nimrud und Hatra im Norden des Iraks, werden gesprengt und zerstört.

Vertreibung und Auslöschung religiöser Minderheiten

Rigoros und mit Gewalt geht der „Islamische Staat“ nicht nur gegen Muslime vor, die sich der strengen Auslegung des Islam nicht beugen wollen, oder gegen „häretische“ Formen des Islam, wie insbesondere die schiitische Glaubensgemeinschaft, sondern vor allem auch gegen nicht-muslimische religiöse Minderheiten. Der IS betreibt hier regelrechte „religiöse Säuberungen“.



Nachdem der „Islamische Staat“ ausgerufen worden war, wurden die Christen in Mossul aufgefordert, entweder zum Islam zu konvertieren oder die klassische Sondersteuer für Nicht-Muslime (Dschizya) zu entrichten. Diese Steuer gilt für die unterworfenen nicht-muslimischen Bevölkerung, soweit sie zu den „Schriftbesitzern“ zählt, also zu den Juden oder Christen. Andere Religionsgemeinschaften haben nach traditioneller islamischer Lehre keine Daseinsberechtigung.

Am 18. Juli 2014 verschärfte sich die Haltung gegenüber der christlichen Minderheit. Über Lautsprecher an den Moscheen wurden alle Christen in Mossul dazu aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Sollten sie der Forderung nicht nachkommen, drohe ihnen der „Tod durch das Schwert“. Um diesem Aufruf Nachdruck zu verleihen, wurden alle Häuser, in denen Christen wohnten, mit dem arabischen Buchstaben „Nun“ beschmiert. Mit diesem Buchstaben beginnt das arabische Wort „naṣrānī“ für „Christ“, abgeleitet von Nazareth. Ähnlich wurden die Häuser von schiitischen Muslimen mit dem arabischen „R“ beschmiert für „Rafidha“, der „Ablehnende“ (aus sunnitischer Sicht lehnen Schiiten den „wahren Islam“ ab).

Innerhalb weniger Stunden verließen nahezu alle noch verbliebenen Christen die Stadt Mossul, die einst wegen ihrer vielen Kirchen und christlichen Gemeinden als „Rom des Orients“ bezeichnet wurde. Vor dem Einmarsch der US-Truppen im Jahr 2003 lebten in Mossul rund 50 000 Christen. Die Ursprünge dieser christlichen Gemeinschaft reichen rund 1600 Jahre zurück.

Betroffen war auch die an Mossul angrenzende Ninive-Ebene, in der traditionell überwiegend Christen gewohnt haben. Insgesamt sind aus Mossul und der Ninive-Ebene rund 125 000 Christen vor dem IS-Terror geflohen. Ein großer Teil der Flüchtlinge hat sich in die rund 80 Kilometer östlich gelegene Stadt Erbil begeben, die Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan. Vor allem in dem Vorort Ankawa, der überwiegend von Christen bewohnt wird, fanden sie Zuflucht bei christlichen Gemeinden.

Besonders brutal ging der IS gegen die religiöse Minderheit der Jesiden vor, deren Hauptsiedlungsgebiet im Norden des Irak liegt. Ethnisch gehören sie hauptsächlich zu den Kurden. Ihre Religion wird von den IS-Ideologen als heidnische Religion aus vorislamischer Zeit betrachtet, die keine Daseins-



Irak

berechtigung hat. Den „Götzendienern“ bleibt aus ihrer Sicht daher nur die Wahl zwischen Bekehrung oder Vernichtung bzw. Vertreibung. Geraten jesidische Frauen und Kinder in Gefangenschaft, so werden diese vom IS als Sklaven behandelt und zum Teil in die Zwangsprostitution verkauft. Nach unterschiedlichen Schätzungen dürften mehrere Hundert bis einige Tausend Frauen und Kinder von diesem Schicksal betroffen sein. Die Zahl der jesidischen Flüchtlinge liegt bei mehreren Zehntausend.

Katastrophe für die Christen

Der chaldäisch-katholische Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, in dessen Diözese sich unzählige Christen geflüchtet haben, sagte im Februar 2015 in London vor dem Oberhaus des britischen Parlaments: „Über viele Jahrhunderte hinweg haben wir Christen im Irak immer wieder schwere Zeiten und auch Verfolgungen erfahren. Doch was wir jetzt erlebt haben, ist der schlimmste Genozid in unserer Heimat. Wir stehen vor der vollständigen Auslöschung des Christentums im Irak.“

Wichtige Entwicklungen und exemplarische Fälle von Gewalt

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

September 2013: Durch ein Selbstmordattentat in der Stadt Rafigayn in der Provinz Kirkuk wurden neunzehn Menschen verletzt. Die Bombe wurde vor dem Haus des christlichen Politikers Emad Youhanna gezündet. Unter den Verletzten waren auch drei Kinder des Politikers, der selbst unverletzt blieb. Berichten zufolge wollte der Attentäter die christliche Gemeinschaft einschüchtern.

Dezember 2013: Bei drei verschiedenen Sprengstoffanschlägen, die Christen zum Ziel hatten, wurden am Weihnachtstag in Bagdad mindestens 37 Menschen getötet. Zwei Bomben explodierten auf dem Marktplatz im Zentrum des Stadtteils Athorien, der überwiegend von Christen bewohnt wird. Elf Men-



schen verloren ihr Leben, 21 Personen wurden verletzt. Der dritte Anschlag erfolgte durch eine Autobombe, die neben einer Kirche im südlichen Teil des Stadtteils Dora explodierte und 26 Menschen in den Tod riss. 38 Personen wurden verletzt. Der Botschafter der USA in Bagdad verurteilte die Anschläge und sagte: „Die christliche Gemeinschaft im Irak leidet seit Jahren unter gezielten und sinnlosen Terroranschlägen, wie so viele andere unschuldige Iraker. Die Vereinigten Staaten verabscheuen derartige Gewaltakte und stehen weiter an der Seite der irakischen Regierung im Kampf gegen die Geißel des Terrorismus.“

Juli 2014: Ein muslimischer Professor der Universität in Mossul, der das brutale Vorgehen der ISIS-Milizen gegen die christliche Minderheit öffentlich verurteilt hatte, wurde von Kämpfern der ISIS getötet. Professor Mahmoud Al-Asali hatte erklärt, die Handlungsweise des ISIS sei gegen die Lehren des Islam. Die Christen in Mossul waren nach der Eroberung der Stadt durch die ISIS-Truppen aufgefordert worden, zum Islam überzutreten, eine Sondersteuer für Christen zu bezahlen oder die Stadt unverzüglich zu verlassen. Wer den Anweisungen nicht folge, werde getötet. Das hatte eine Massenflucht der Christen ausgelöst. Muslime, die sich dem strengen Regime des ISIS nicht beugen wollten, waren ebenfalls gezwungen, zu fliehen. Insgesamt sollen mehrere Hunderttausend Menschen aus der Millionenstadt, die zuvor fast drei Millionen Einwohner hatte, geflohen sein.

August 2014: Kämpfer des IS zerstörten in der Stadt Mossul und in anderen Teilen des eroberten Gebietes die Einrichtung von Kirchen und entfernten die Kreuze von den Kirchtürmen. Der chaldäisch-katholische Patriarch von Bagdad, Louis Raphael I. Sako, sagte mit Blick auf die Vertreibung der Christen gegenüber KIRCHE IN NOT: „Wenn diese Lage sich nicht ändert, wird die internationale Staatengemeinschaft die Verantwortung für einen schleichenden Genozid übernehmen müssen, durch den ein kompletter Teil der irakischen Gesellschaft und eine uralte Kultur vernichtet werden. Der IS versucht, alle Spuren auszulöschen.“ Aber nicht nur dem Christentum drohe die vollständige Auslöschung, sondern auch anderen religiösen Minderheiten, so der Patriarch.

September 2014: In der Stadt Tikrit zerstörten Kämpfer des IS die „Grüne Kirche“, ein Gotteshaus der „Assyrischen Kirche des Ostens“, das etwa im



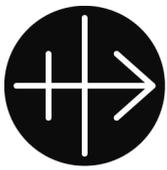
Irak

Jahr 700 errichtet worden war. Die Kirche war eine der ältesten und berühmtesten in der Region. Auch die Moschee Al-Arbain mit vierzig Gräbern von wichtigen religiösen Persönlichkeiten, unter ihnen Weggefährten des Propheten Mohammed, wurde von den Islamisten in die Luft gesprengt, die die Verehrung von Grabstätten als „unislamisch“ ablehnen.

September 2014: Mehr als 120 Islamgelehrte aus aller Welt verurteilten die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). In einem 18-seitigen Schreiben machten sie deutlich, dass diese islamistische Bewegung in eklatantem Widerspruch zum Koran stehe. Weiter heißt es, dem IS fehle die Kompetenz für Religionsurteile und die Ausrufung des Kalifats sei unzulässig. Das Schreiben war namentlich an den Führer des IS, Abu Bakr Al-Baghdadi, gerichtet. Unterzeichnet war es unter anderem vom ägyptischen Großmufti Schawki Ibrahim Allam und von hohen Vertretern der Al-Azhar-Universität in Kairo, der bedeutendsten sunnitischen Universität weltweit. Auch der Jerusalemer Mufti Muhammad Ahmad Hussein sowie Gelehrte und Geistliche aus Arabien, Nordafrika, Asien, Europa und den USA zählten zu den Unterzeichnern. Unter den 24 Punkten des Dokuments bekräftigen die Gelehrten den vom Koran geforderten Schutz von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Akte wie Folter und Leichenschändung, Versklavung, Zwangsbekehrungen und Unterdrückung von Frauen seien im Islam verboten.

September 2014: Auf einem Krisengipfel von hochrangigen Kirchenvertretern aus dem Nahen Osten in Washington dankte der Präfekt der Ostkirchenkongregation, Leonardi Kardinal Sandri, Islamvertretern, die die sich klar vom Terror des „Islamischen Staates“ abgegrenzt hatten. „Wir möchten ihnen danken und hoffen, dass viele ihrem Beispiel folgen werden, damit kein Schweigen missverstanden werden kann“, so der Kardinal in seiner Eröffnungsansprache zu der Konferenz unter dem Titel „In Defense of Christians“. Er lobte in diesem Zusammenhang den Großmufti von Saudi-Arabien und den Großmufti der ägyptischen Al-Azhar-Universität in Kairo, die den IS-Terror beide deutlich verurteilt hatten. Auch „verschiedene Imame in Großbritannien und Italien“ hätten sich deutlich vom „Islamischen Staat“ distanziert, so Sandri weiter.

September 2014: Der britische Thronfolger Prinz Charles brachte in London seine Sorge um das Schicksal der Christen im Nahen Osten zum Ausdruck.



Durch eine großzügige persönliche Spende an KIRCHE IN NOT trug er dazu bei, dass den mehr als 120 000 christlichen Flüchtlingen in der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Irak geholfen werden konnte. Es waren die dortigen Kirchengemeinden, die sich um die Flüchtlinge kümmerten. Es wurden Notunterkünfte eingerichtet und Zelte aufgebaut, Trinkwasser, Nahrung und Kleidung mussten bereitgestellt werden. Bei einem Empfang in seiner Residenz sagte Prinz Charles einige Wochen später, in der Adventszeit: „Das Christentum wurde buchstäblich im Nahen Osten geboren. Wir dürfen unsere Glaubensbrüder im Nahen Osten niemals vergessen.“

November 2014: Bei einer interreligiösen Konferenz in Wien unterzeichneten Religionsvertreter aus der arabischen Welt – Scheichs, Imame und Bischöfe – eine Erklärung, in der sie die von der islamistischen Bewegung „Islamischer Staat“ (IS) im Namen der Religion verübte Gewalt verurteilten. In dem Text wird die christlich-muslimische Koexistenz als „eine der Hauptsäulen der arabischen Zivilisation“ bezeichnet. „Wir rufen auf zur Beibehaltung der Diversität in den arabischen Gesellschaften, die unser Erbe seit Jahrtausenden ist“, heißt es in der Erklärung, die von mehr als einhundert Religionsvertretern unterzeichnet wurde. Darunter unter anderem der chaldäisch-katholische Patriarch von Bagdad, Louis Raphael I. Sako, und der Scheich der Abdulaziz-Universität in Dschidda in Saudi-Arabien, Abdallah bin Mahfudh bin Bayyah. Für den Vatikan nahm der Sekretär des Päpstlichen Dialogrates, Pater Miguel Ayuso Guixot, an der Konferenz teil.

März 2015: Erstmals beschäftigte sich der UNO-Sicherheitsrat mit der Verfolgung von Christen und anderen Minderheiten im Irak und in Syrien. In der Sitzung nahmen auch der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Raphael I. Sako und ein Vertreter des Heiligen Stuhls Stellung zu der Situation der Christen im Nahen Osten. Vor diesem Hintergrund äußerte sich auch der assyrisch-katholische Erzbischof von Mossul, Petros Mouché, gegenüber Radio Vatikan und forderte ein bewaffnetes Eingreifen von außen, eine ausländische Intervention: „Das ist das, was wir uns wünschen, mittlerweile – ja. Denn zu unserer Regierung haben wir alles Vertrauen verloren. Sie hat uns verraten! Wir wollen eine internationale Armee, die wenigstens für einen gewissen Zeitraum dabei hilft, uns zu beschützen. In der Zeit kann eine wirklich starke irakische Armee gebildet werden, die diesen Schutz später übernimmt. Aber zuerst braucht es eine internationale Armee, um unsere



Irak

Dörfer zu beschützen!“ Eine internationale Armee könne helfen, die besetzten Gebiete zu befreien. Dann müsse eine Schutzzone eingerichtet werden, „in der wir Christen sicher als Christen leben können. Wir Christen sind doch keine Bürger zweiter Klasse, wir brauchen dieselben Rechte wie jeder andere Bürger auch.“

April 2015: Im Auftrag und als Sondergesandter von Papst Franziskus verbrachte Fernando Kardinal Filoni, der Präfekt der Missionskongregation, die Kar- und Ostertage unter christlichen Flüchtlingen und Vertriebenen im Irak. Bei einem Treffen mit Spitzenpolitikern der Autonomen Region Kurdistan in der Hauptstadt Erbil sprach er auch über das außerordentliche „Heilige Jahr der Barmherzigkeit“, das die katholische Kirche ab dem 8. Dezember 2015 weltweit begehen werde und machte dazu einen besonderen Vorschlag: „Auch unsere muslimischen Brüder könnten doch lernen, ein Sabbatjahr der Barmherzigkeit zu begehen, vor allem weil auch sie an einen barmherzigen, allerbarmenden Gott glauben. Wenn also auch die Muslime zusammen mit den Christen die Barmherzigkeit feiern würden, könnte man diese Brüderlichkeit, diese Nähe wiederherstellen. Das alles würde auf dem Geheimnis Gottes aufbauen, denn Frieden, Versöhnung und Barmherzigkeit können nur Gott zum Fundament haben. Hoffen wir, dass diese Botschaft allmählich um sich greifen kann.“ In den darauffolgenden Tagen sprach der Kardinal mit vielen Flüchtlingen. Natürlich habe die Tatsache, dass seine Mission in der Karwoche stattfindet, „eine geistliche Bedeutung“. „Ich habe schon einigen Gruppen gesagt, dass das Geheimnis ihres Leidens in den Augen Gottes wertvoll ist, weil es mit dem Leiden Christi in dieser Karwoche verbunden wird. Sie sollen also nicht denken, dass dieses Leiden unnütz und wertlos wäre. Selbst wenn ihre Lebensbedingungen in diesem Moment wenig Platz für Hoffnung lassen – in den Augen Gottes zählt das, es ist wertvoll. Das ist, neben der materiellen, eine spirituelle Ermutigung, die wir anbieten“, so Kardinal Filoni. Auch zu Begegnungen mit muslimischen und jesidischen Flüchtlingen kam es während der Reise des Kardinals. Von 2001 bis Anfang 2006 war Filoni Apostolischer Nuntius im Irak und in Jordanien. Als einziger ausländischer Diplomat war er während des Irakkrieges in Bagdad geblieben, was ihm damals den Spitznamen „Nuntius Courage“ einbrachte. Schon im August 2014 hatte Kardinal Filoni als Sondergesandter des Papstes dem Irak einen Besuch abgestattet. Papst Franziskus hatte verschiedentlich erklärt, dass er selbst gerne in den Irak reisen würde, bis an die Ränder des „Islamischen Staates“,



um dort mit den verfolgten Christen zu beten. Sicherheitsaspekte sprachen bislang gegen einen solchen Besuch.

April 2015: Aus einem christlichen Kloster im Norden des Irak konnten wertvolle Bücher, Bibeln und Handschriften vor den anrückenden IS-Truppen gerettet werden. Einige Handschriften waren rund fünfhundert Jahre alt, eine Abschrift der Briefe des heiligen Paulus soll sogar 1100 Jahre alt sein. Den Mönchen war es gelungen, diese christliche Bibliothek rechtzeitig in die kurdische Stadt Dohuk zu transportieren und so in Sicherheit zu bringen. Viele Kirchen im Herrschaftsgebiet des IS sind inzwischen geplündert, Kreuze, Ikonen und Heiligenstatuen wurden zerstört, teilweise wurden auch die Kirchen zerstört oder in Moscheen umgewandelt. In keiner einzigen der vielen Kirchen in Mossul werden noch christliche Gottesdienste gefeiert.

Juli 2015: Die Christen im Irak wünschen sich einen Besuch von Papst Franziskus in ihrem Land. Das sagte der chaldäisch-katholische Patriarch von Bagdad, Louis Raphael I. Sako, im Gespräch mit Radio Vatikan: „Wir brauchen seine Anwesenheit unter uns, damit er uns Kraft und Hoffnung gibt, nicht nur den Christen, sondern allen. Der Papst ist ein Symbol nicht nur für die Christen. Er ist international gesehen eine spirituelle und moralische Autorität, und alle warten auf seine Anwesenheit unter uns. Das könnte uns so viel Kraft geben, auszuhalten und nicht aufzugeben.“ Schwere Vorwürfe machte der Patriarch der internationalen Staatengemeinschaft. Die westlichen Länder betrieben „eine Politik, die nur ihr wirtschaftliches Interesse sucht und nicht das Wohl der Menschen“, so Sako. „Sie suchen nicht den Frieden.“ Ein Grundübel ist aus seiner Sicht der internationale Waffenhandel. „Waffen herzustellen, heißt auch, Krieg herzustellen.“ Der Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ sei nur zu bekämpfen durch eine breite internationale Allianz. Es brauche aber nicht nur eine Erneuerung der Politik und der Wirtschaft, sondern auch eine Erneuerung des Islam, verdeutlichte Sako: „Die Muslime müssen eine neue Lesart des Islam finden, um die positive Botschaft für das menschliche Leben zu entdecken, den Respekt der Würde des Menschen.“ Für den Irak forderte der Patriarch eine klare Trennung von Religion und Staat. Alle Bürger hätten „die gleichen Rechte und Pflichten, ohne Rücksicht auf ihre Religion“. Die traditionell kulturelle Vielfalt im Irak müsse geschützt werden. Dazu aber sei ein Mentalitätswandel nötig; dieser erfordere „die Erziehung ganzer Generationen mit zeitgemäßen religiösen Bildungs-



Irak

programmen“, so Sako. Seit dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 seien im Irak 62 Kirchen angegriffen und 1264 Christen getötet worden, erklärte Sako. Christen im Irak und in Syrien erlebten derzeit „eine Verfolgung wie in der Urkirche“.

August 2015: Papst Franziskus verfasste einen Brief an die christlichen Flüchtlinge im Nahen Osten. Darin verurteilte er das Vorgehen von islamischen Terroristen und Fanatikern im Nahen Osten gegen Minderheiten, „vor allem gegen Christen“. „Sie sind die Märtyrer von heute, gedemütigt und diskriminiert um ihrer Treue zum Evangelium willen.“ Der Brief des Papstes war adressiert an den Lateinischen Weihbischof von Jerusalem, Maroun Laham. Dieser ist auch der Verantwortliche des Lateinischen Patriarchats für Jordanien, wo sich viele Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufhalten. Der Papst schreibt, es gehe ihm um „ein Wort der Hoffnung für alle, die angesichts der Gewalt ihre Häuser und ihr Land verlassen mussten“. In vielen Teilen der Welt würden derzeit Christen verfolgt, und zwar „vor den Augen und dem Schweigen aller Menschen“. Die Kirche aber „vergisst ihre Kinder, die um ihres Glaubens willen ins Exil gehen müssen, nicht, und sie lässt sie nicht allein“, versicherte der Papst. „Sie sollen wissen, dass täglich für sie gebetet wird und dass das Zeugnis, das sie uns geben, anerkannt wird.“ Neben einem ausdrücklichen Dank an die (mehrheitlich muslimischen) Jordanier für ihre „solidarische Hilfe“ den Flüchtlingen gegenüber enthält der Brief des Papstes auch einen Appell an die „öffentliche Meinung der Welt“: Sie solle „aufmerksamer, sensibler und bereitwilliger auf die Verfolgungen von Christen und, allgemeiner, religiöser Minderheiten reagieren“, so Papst Franziskus. „Ich rufe die internationale Gemeinschaft von neuem dazu auf, nicht stumm und tatenlos zu bleiben angesichts dieses inakzeptablen Verbrechens, das ein besorgniserregendes Abdriften von den grundlegendsten Menschenrechten bedeutet und den Reichtum des Zusammenlebens von Völkern, Kulturen und Glaubensbekenntnissen verhindert.“

Oktober 2015: Mehr als ein Jahr nach der Vertreibung von über 125 000 Christen aus Mossul und der Ninive-Ebene durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ haben die Flüchtlinge die Hoffnung verloren, bald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Dies erklärte der chaldäisch-katholische Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, in der Zentrale von KIRCHE IN NOT in Königstein im Taunus. Seit Sommer 2014 hätten die Vertriebenen in der Autono-



men Region Kurdistan im Nordirak, besonders in deren Hauptstadt Erbil, Zuflucht gefunden. „Dank unserer Partner wie KIRCHE IN NOT hat sich die humanitäre Situation seit Sommer 2014 stabilisiert. Niemand muss mehr in Zelten leben“, so der Erzbischof. Die Mehrzahl der Flüchtlinge wohne mittlerweile in Wohncontainern oder in angemieteten Wohnungen. Besonders froh zeigte sich Warda darüber, dass KIRCHE IN NOT acht Schulen errichtet hat. „Heute gibt es in Erbil praktisch keine Kinder mehr, die keinen Unterricht haben“, sagte Warda. Außerdem könnten seine Mitarbeiter jeden Monat alle Flüchtlingsfamilien mit einem Nahrungsmittelpaket versorgen. Neben der humanitären Hilfe liege dem Erzbischof die pastorale Begleitung am Herzen. „Wir feierten kürzlich in Erbil ein Glaubensfest mit 1200 Teilnehmern. Die Zeugnisse der Menschen haben mich tief bewegt. Viele junge Leute sprachen von der Dunkelheit, durch die sie nach der Flucht gehen mussten. Als sie aber sahen, dass die Kirche mit ihnen war, dass Priester und Ordensfrauen an ihrer Seite standen, haben sie neuen Mut gefasst“, berichtete Warda. Dennoch beklagte der Erzbischof eine beträchtliche Abwanderung von Christen aus dem Irak. „Im letzten Jahr lebten in unserer Erzdiözese 13 500 christliche Flüchtlingsfamilien. Inzwischen haben 3000 von ihnen den Irak verlassen.“ Dies sei sehr bedauerlich, da im Irak seit frühchristlicher Zeit Christen leben.

Oktober 2015: In der letzten Oktoberwoche tagte im Vatikan die Synode der chaldäisch-katholischen Kirche. Die chaldäisch-katholische Kirche ist eine mit Rom unierte Ostkirche, der gut 500 000 Gläubige in aller Welt angehören. Sie leben im Irak und in der Diaspora. 21 Bischöfe aus dem Irak und verschiedenen Orten der Diaspora waren im Vatikan zusammengekommen. Das Treffen fand in Rom statt, um den Bischöfen aus Amerika und Ozeanien die Teilnahme zu erleichtern. Papst Franziskus empfing die Teilnehmer der Synode zu einer Audienz. In seiner Ansprache ging er auf das Leiden der Christen im Nahen Osten ein. Die heutige Zeit sei geprägt „durch zahllose Beispiele von Verfolgung bis hin zum Martyrium“, ein Zustand, den vor allem die chaldäische Kirche im Nahen Osten zu spüren bekomme. Papst Franziskus versicherte ihr: „Deshalb bestätige ich, heute mehr denn je, all die Unterstützung und die Solidarität des Heiligen Stuhls zugunsten des Gemeinwohls der chaldäischen Kirche. Ich bete, dass Christen nicht gezwungen sind, im Irak und im Nahen Osten aufzugeben. Ich denke vor allem an die Söhne und Töchter eurer Kirche, mit ihrer reichen Tradition.“ Die internationale Gemeinschaft forderte der Papst auf, eine klare Strategie zu entwickeln, um



Irak

den Frieden in der Region wiederherzustellen: „Euer Besuch ermöglicht es mir, einen dringenden Appell an die internationale Gemeinschaft zu erneuern, damit jede nützliche Strategie für die Befriedung der von Hass fürchterlich verwüsteten Länder unterstützt werden kann. Sodass die tragischen Dramen, die durch die Gewalt entstehen, enden und ein Klima des Zusammenlebens entstehen können.“ Fanatischer Hass und Terrorismus sorgten für einen „großen Verlust an Gläubigen, die die Länder ihrer Väter verlassen“, sagte Franziskus weiter. „Dieser Zustand untergräbt sicherlich die christliche Präsenz in dem Land, die mit dem Weg Abrahams begonnen hat, die die Stimme der Propheten nachhallen lässt, die auf die Hoffnung Israels während des Exils hinweist, die auf den ersten Kirchen und dem Blut vieler Märtyrer gründet, die die Fülle des Evangeliums bezeugt, die ihren eigenen Beitrag für die Gesellschaft leistet, während der Jahrhunderte des friedlichen Zusammenlebens mit unseren Brüdern des Islams.“

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)
Wilfried Buchta, Terror vor Europas Toren, Campus Verlag, Frankfurt a. M. 2015
Deutsche Welle (DW): www.dw.com
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Kathpress
Radio Vatikan, Newsletter
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015
ZENIT (Nachrichtenagentur)